

Wären diese Maßnahmen bereits gewirkt. Während der Beratungen des Schmanschusses für Budgetfragen sei beschlossen worden, daß im Haushalt des Kriegsministeriums keine Streichungen vorgenommen werden sollen. Auf Anweisung des Ministerpräsidenten Strzyński wurden außerdem die polnisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, die Mitte März in Moskau beginnen sollten, plötzlich auf unbestimmte Zeit vertagt.

Zu den Gerüchten von einem Dreimächtepakt.

London, 23. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ hört, daß die Gerüchte, wonach die allgemeinen Bedingungen eines Dreimächtepaktes zwischen Frankreich, Italien und Serbien bereits grundsätzlich zwischen Briand, Grandi und Rintschitsch vereinbart worden seien zum allermindesten verfrüht seien. Bisher habe man nur vereinbart, daß erwogen werden solle, ob ein solcher Pakt ratsam sei. Sowohl Frankreich, wie Italien würden ein Sonderbündnis mit Serbien ohne Teilnahme einer dritten Partei bevorzugen. Italien scheint bereit zu sein, als Garant und damit als Schlichter eines allgemeinen Locarnopaktes für den Balkan oder eines mehr eingeschränkten serbisch-griechischen Bündnisses zu handeln. Aber Serbien beabsichtigt, seine Differenzen mit Athen direkt zu regeln.

Ein jugoslawisch-italienischer Zwischenfall.

Belgrad, 22. März. (Draht.) Die Blätter melden aus Laibach, daß es in der vergangenen Nacht an der jugoslawisch-italienischen Grenze zu einem Zusammenstoß zwischen italienischen und jugoslawischen Finanzwachleuten gekommen ist. Die italienischen Beamten hatten die Grenze überschritten und eröffneten auf die Aufforderung, sich zu ergeben und über die Grenze zurückzuziehen, das Feuer, das von den jugoslawischen Beamten erwidert wurde. Zwei jugoslawische Beamte wurden schwer verletzt. Der jugoslawische Gesandte in Rom hat bei der italienischen Regierung Vorstellung erhoben und Genugtuung verlangt.

Verstimmungen zwischen Rom und Belgrad.

Belgrad, 22. März. (Draht.) In Hofkreisen verlautet, daß die für die zweite Aprilhälfte in Aussicht genommene Reise des jugoslawischen Königspaares nach Rom abgesehen wurde. Man hatte an den Besuch im Zusammenhang mit den italienisch-jugoslawischen Freundschaftsverhandlungen weitgehende politische Erwartungen geknüpft und spricht jetzt von neu eingetretenen Verstimmungen zwischen Rom und Belgrad.

Die Lage in China.

London, 23. März. Die chinesische Nationalarmee zieht sich an der Eisenbahnlinie in nordwestlicher Richtung von Peking zurück, während die mandchurische Kavallerie bis auf 50 Kilom. östlich von Peking vorgezogen ist. In Peking erwartet man stündlich das Eintreffen von Tchangsolin und Wupeifu zur Bildung einer aktionsfähigen Zentralregierung.

Peking, 22. März. (Draht.) Die Krominchun-Truppen haben heute früh Tientsin geräumt. Parteiengänger Mitschingling, eines Unterbefehlshabers von Tchangsolin, die unter solchem Namen in der Stadt weilten, haben mit Waffengewalt die Herrschaft an sich gerissen. Tchangsolin, Wupeifu und andere Heerführer sollen nach Peking eingeladen worden sein, um an den Verhandlungen über die Einrichtung einer neuen Regierung teilzunehmen.

Der Reichspräsident am Rhein.

Am Montag stattete Reichspräsident von Hindenburg der Stadt Bonn einen Besuch ab. Auch hier wurde ihm ein begehrtester Empfang zuteil. Im Rathaus wurde von Hindenburg von dem Oberbürgermeister Dr. Falk begrüßt. Der Reichspräsident erwiderte mit Worten herzlichen Dankes und wünschte der Stadt nach Aufhebung der Fremdherrschaft erneuten Aufstieg und glückliche Zukunft im Schutze eines wiedererstarkenden Reiches. Beim Verlassen des Rathauses wurde dem Reichspräsidenten von 2000 Sängern ein Gefangensortrag dargebracht. In der Universität begrüßte der Rektor der Universität den Reichspräsidenten als Schutzherrn der heimischen Künste und Schirmherrn der deutschen Wissenschaft und Lehre. Nach weiteren Ansprachen teilte der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität mit, daß die philosophische und juristische Fakultät dem Reichspräsidenten die Würde eines Ehren doktors der Staatswissenschaften verliehen haben. Der erste Vorsitzende der Bonner Studentenschaft begrüßte den Reichspräsidenten in tiefer Verehrung als den starken Träger des Deutschen Reiches und sprach für die Bonner Studentenschaft die Bitte aus, der Reichspräsident möge durch Annahme der Ehrenmitgliedschaft die Verbindung zwischen sich und der ihn hochverehrenden Bonner Studentenschaft unlösbar gestalten. Der Reichspräsident dankte herzlich für die Empfänge und die angetragenen Ehrungen und erklärte sich freudig zur Annahme der Ehrungen bereit. Von der Universität begab sich der Reichspräsident zum Hotel „Königshof“, wo ihm von der Stadt Bonn ein Frühstück gegeben wurde.

Gestern suchte der Reichspräsident dann noch die Städte Ahrdorf und München-Bladbach auf. Hier fanden nur kurze Begrüßungsfeiern auf den Bahnhöfen statt. Von München-Bladbach aus fuhr der Reichspräsident am Abend nach Regensburg.

Für die Erhaltung des Kölner Domes stiftete der Reichspräsident den Betrag von 100 000 Mark.

Franzniederlegung des Reichspräsidenten an dem Denkmal des alten Kaisers in Bonn.

Bonn, 23. März. (Draht.) Der Reichspräsident hat gestern, begleitet von seinem Sohne Major v. Hindenburg, außerhalb des offiziellen Programms in Bonn an dem Denkmal des alten Kaisers, dessen Geburtstag gestern gefeiert wurde, einen Kranz niedergelegt.

Abschluß der Festlichkeiten in Cresfeld.

Cresfeld, 22. März. Die Bevölkerung bereitete auch am späten Abend, als sich der Reichspräsident v. Hindenburg nach dem Festessen im „Cresfelder Hof“ nach dem Bahnhof begab, ihrem hohen Gaste herzliche Kundgebungen. Die Straßen bis zum Bahnhof waren prächtig illuminiert. Die Hochrufe auf den langsam davonfahrenden Reichspräsidenten erklangen noch lange in die Nacht hinaus, bis der Sonderzug um 11 Uhr den Bahnhof verließ.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Bischofswerda, 23. März. Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte sich eines ungewöhnlichen Interesses der Einwohnerschaft zu erfreuen; gegen 90 Zuhörer waren erschienen, so daß der Tribünenraum gar nicht alle fassen konnte. Das Kollegium war vollständig versammelt bis auf den Stv. Tränkner, der entschuldigend fehlte. Vom Rat waren anwesend die Herren Bürgermeister Dr. Kühn, sowie die Stadträte Boden, Eckardt, Jenke, Schreier und Schwan. Nach Eröffnung der Sitzung durch Herrn Vorsteher Mittag ergriff Stv. Barthel das Wort zur Geschäftsordnung. Er rügte, daß der Bericht über den Gemeindevorstand in Jüttau nicht auf der Tagesordnung stehe, ebenso auch nicht die Frage des Schwimmbades. In der Erwerbslosenfrage habe er ein „Gutachten“ der kommunistischen Fraktion an das Kollegium eingereicht und er ersuche, daß dieses ebenfalls noch mit zur Tagesordnung gestellt werde. Stv. Klinger erwiderte, daß er bereits in der letzten Sitzung bereit gewesen sei, den Bericht über den Jüttauer Gemeindevorstand zu erstatten, auf Wunsch des Kollegiums sei aber die Entgegennahme des Berichts vertagt worden. Auf Anfrage des Vorstehers sieht das Kollegium auch heute wieder von dem Bericht ab. Zur Angelegenheit des Schwimmbades teilte Bürgermeister Dr. Kühn mit, daß nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums die Errichtung von Bädern nicht mehr als produktive Arbeit im Sinne der Erwerbslosenfürsorge angesehen werde. Der Neu- und Umbau des Bades kann infolgedessen wegen der Kostenfrage in diesem Jahre nicht mehr durchgeführt werden und der Rat habe beschlossen, daß die Vorlage im nächsten Jahr wieder vorgelegt werde. Zu dem „Gutachten“ der kommunistischen Fraktion macht der Vorsteher darauf aufmerksam, daß dieses verspätet eingegangen sei und nicht mehr geschäftsordnungsmäßig behandelt werden könne.

1. Ueberlassung von Land an den Naturschutzverein. Der Naturschutzverein ersucht in einer Eingabe um Ueberlassung eines Stückes Birkenwald zur Vervollständigung des Sonnenbades. Der Rat hat beschlossen, ein Stück angrenzenden Waldes in der Größe von 25x35 Meter pachtfrei zu überlassen. Nach Mitteilung des Stv. Grafe und des Stadtrats Eckardt, die beide das Gesuch bekräftigen, will der Verein die Kosten für die Einzäunung selbst übernehmen. Stv. Wagner gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Sonnenbad auch der Allgemeinheit zugute komme. Das Kollegium gibt der Vorlage seine einstimmige Zustimmung.

2. Ausbau der Wiesenstraße. Zur Beschäftigung der Erwerbslosen soll der Ausbau der Wiesenstraße in Angriff genommen werden. Das Landratsamt für Arbeitsvermittlung und das Arbeitsministerium haben ihre Zustimmung zur Ausführung auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge gegeben. Die Kosten stellen sich einschließlich einer massiven Ueberbrückung auf 40 000.—. 80 Proz. der gesamten Herstellungskosten wird aus der Erwerbslosenfürsorge vorgeschossen und zwar 25 000 M. als Zuschuß und 15 000 M. als Darlehen, rückzahlbar in 10 Jahren, so daß aus städtischen Mitteln 10 000 M. aufzubringen sind, die in den nächsten Haushaltsplan eingestellt werden. Stv. Wagner betont, daß diese neue Straße die Bahnhofstraße wesentlich vom Fahrverkehr entlasten werde. Auch Stv. Klinger begrüßt die Vorlage. Stv. Dr. Strübig wünscht eine einfachere Ausführung der Brücke. Bürgermeister Dr. Kühn erwidert, der Ausbau dieser Straße habe den Vorteil, daß eine große Zahl Erwerbsloser beschäftigt werden könne. Die Kostenfrage ja zum größten Teil der Staat. Eine massive, genügend breite Brücke (11 Meter) müsse mit Rücksicht auf die Entwicklung des Verkehrs gebaut werden. Von einer Eisenbrücke sei entschieden abzuraten, eine Granitbrücke würde sich auch besser in das Landschaftsbild einfügen. Stv. Barthel verlangt, daß die Nothstandsarbeit nach tarifmäßigen Löhnen bezahlt werde. Bürgermeister Dr. Kühn: Der Tarif für gelehrte Bauarbeiter könne keinesfalls in Frage kommen. Ein Stundenlohn von 55 Pfg., wie ihn die Stadt für Nothstandsarbeiten gegenwärtig bezahle, entsprechende Durchschnittslohn des ungelerten Arbeiters. Stv. Happei behauptet, daß die Löhne der ungelerten Arbeiter höher seien, man möge die Bezahlung der Nothstandsarbeiter dem Gemeindevorstand anleihen. Stadtrat Schreier erklärt sich bereit, die Frage noch einmal nachzuprüfen. Stelle sich heraus, daß die Bezahlung der ungelerten Arbeiter tatsächlich eine höhere sei, so werde der Rat zu einer Revision bereit sein. Nach weiteren Ausführungen der Stv. Grafe und Schmachtel wurde die Vorlage einstimmig genehmigt.

3. Nachtrag zur Verfassung der Stadtgemeinde Bischofswerda. Die neue Gemeindeordnung hat sich, wie vorauszu sehen war, bald als reformbedürftig herausgestellt. Im Landtag ist bereits im Juni 1925 ein Gesetz verabschiedet worden, das eine Reihe Abänderungen der Gemeindeordnung bringt und eine Rückkehr zum Zweikammernsystem der alten revidierten Städteordnung bedeutet. Die weitgehenden Rechte der Stadtverordneten werden wieder beschränkt und das Verwaltungsrecht des Stadtrats erweitert. Die Stadtverfassung muß nunmehr wieder diesen neuen gesetzlichen Bestimmungen angepaßt werden. Nach dem Vortrag des Referenten, Stv. Dr. Hüttner, wurde der größte Teil der Verfassungsänderungen widerspruchslos genehmigt. Nur an einer Stelle schienen dem Stv. Dr. Strübig die Befugnisse des Rates zu weitgehend. Nach langwieriger Aussprache wurde der Streichung des beanstandeten Passus zugestimmt. Ebenso wurde an anderer Stelle auf Antrag Barthel eine Streichung vorgenommen.

4. Verwendung der Mietzinssteuer. Stv. Wagner berichtet ausführlich über die neuen Grundätze, die nach der Ratvorlage künftig bei der Vergebung von Baugeldern zur Anwendung kommen sollen. Statt eines Tilgungszinses wird eine Verzinsung von 2 Prozent erhoben. Ferner wird der Bauzuschuß von zwei Bedingungen abhängig gemacht: erstens muß ein eigenes Kapital in genügender Höhe nachgewiesen werden, zweitens soll auch Gewähr vorhanden sein,

daß die Zinsen für den Bauzuschuß und die Sparkassendepositen laufend aufgebracht werden können. Für das Jahr 1925/26 werden aus der Mietzinssteuer Mark 120 000 für Bauzwecke zur Verfügung stehen. Davon sollen 24 Wohnungen errichtet werden. Zwölf Wohnungen in zwei Sechsfamilienhäusern errichtet die Stadt, 8 Wohnungen des Herrn Baumeister Schubert werden mit Mark 40 000 bezuschußt und Mark 20 000 sollen vier Siedler erhalten. Stv. Dr. Strübig weist darauf hin, daß 90 Prozent verarmte Hausbesitzer vorhanden seien, die ihre Grundstücke nicht wieder in Stand setzen können. Er beantrage, daß Mark 10 000 des Ertrages der Mietzinssteuer für Wiederinstandsetzung reparaturbedürftiger Grundstücke verwendet werden in Form von Darlehen an die Grundstückbesitzer zum Satz von 2 Prozent. Stv. Wagner teilt mit, daß bedürftigen Grundstückbesitzern für Reparaturarbeiten bisher aus Kämmereimitteln Darlehen gegen geringe Verzinsung gegeben wurden. Stv. Happei beantragt, die Zuschüsse an die Baukosten auf 8—10 000 Mark zu erhöhen und St. Barthel fordert, daß die gesamten Erträge der Mietzinssteuer auf die Stadt verwendet werden und die Baumeister auf Sparkassentribut verweisen werden. Stv. Erich Lange tritt für den Antrag Strübig ein. Schließlich wird, um den Bauplan nicht umzustößen, die Ratvorlage genehmigt, jedoch sollen bedürftigen Hausbesitzern aus Kämmereimitteln zu einem geringen Zinssatz, der nach der wirtschaftlichen Lage des Betreffenden zu bemessen ist, Darlehen für Instandsetzung ihrer Grundstücke weiter gewährt werden.

5. Eingabe Barthel Erwerbslosenfürsorgebeiträge betr. Stv. Barthel ersucht in einer Eingabe an die städtischen Kollegien, den Nothstandsarbeitern die Erwerbsloseneinkünfte nachzulassen und diese Beiträge aus Wohlfahrtsmitteln zu decken. Der Rat lehnt dieses Ersuchen aus volkswirtschaftlichen und gesetzlichen Bedenken ab. Stv. Barthel teilt ferner mit, daß Fälle vorgekommen seien, daß Nothstandsarbeitern mit 10 Stunden Arbeit der gleiche Abzug für Erwerbsloseneinkünfte gemacht worden sei wie Arbeitern mit 48 Stunden. Bürgermeister Dr. Kühn entgegnet hierzu, daß solche Einzelfälle nur durch ein Versehen einer untergeordneten Stelle zu erklären seien. Den Betreffenden müsse selbstverständlich der unberechtigte Abzug zurückvergütet werden. Stv. Barthel lehnt es ab, Namen zu nennen, obwohl dies der einfachste Weg zur Klärung des Falles wäre. Die Angelegenheit soll daher auf dem Dienstwege aufgeklärt werden.

Nach verschiedenen Anfragen fand die öffentliche Sitzung nach fast vierstündiger Dauer ihr Ende. Es folgte hierauf noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 23. März.

* Verein für das Deutschtum im Ausland. Obwohl die tatsächlichen Vorgänge in Südtirol aus den Zeitungen ausführlich bekannt sind, so hält es doch der B. D. A. für seine Pflicht, auch mündlich zur Verbreitung der Wahrheit beizutragen. Am nächsten Donnerstagabend ist Gelegenheit, in den Sonnensälen einen Mann sprechen zu hören, der die Not unserer Volksgenossen aus größter Nähe gesehen hat, Herr Dr. Max Stauffer aus Innsbruck. Er wird seinen Vortrag unterstützen durch Lichtbilder aus dem herrlichen Tirolerlande, das viele von uns durch eigene Reisen kennengelernt haben. So wünschenswert es ist, unser eigenes Deutschtum und das der Deutschtüdtiroler durch weiteren Besuch zu stärken, so dringend muß von einem Besuche Altitaliens unter den gegebenen Umständen abgeraten werden. Man fährt nicht zu einem Volke, dessen Zeitungen uns „deutsche Schweinefrazen“ und „schmierige Schnorrer mit Ruckfäden“ nennen und die um eine Blütenlese aus letzter Zeit zu bringen, u. a. schreiben: „Wir haben die Deutschen aus Instinkt und Rossegefühl... Wir sind Erbfeinde des ganzen schmierigen, pebantischen, hinterlistigen Deutschtums, wir, die vom erleuchtetsten, edelmütigsten, lateinischen Stamme sind.“ (Mussolinis Blatt „L'Impero“). „Wir sind noch immer der Sieger und haben im Notfall die Mittel, um uns vor dem gemeinsten Volk der Erde Respekt zu verschaffen.“ „Corriere Padano“ und „Arena“ (Verona), zwei schäufliche Blätter, beschimpfen die deutschen Reisenden und stellen fest, daß schon der bloße Anblick eines deutschen Reisenden ein schändliches Auge direkt oder indirekt fördern könne. Es müßten sich die deutschen Reisenden auch auf Ueberariffe gefaßt machen. Jeder Deutsche, der indirekt stirbt, müsse schon deshalb ohne Barmherzigkeit mit eisernen Fäusten behandelt und mit Fußtritten über den Brenner zurückgejagt werden. „Levere“ bemerkt, man solle sich in Berlin vor Augen halten, daß das italienische Volk nicht so unfruchtbar wie das französische ist. „Es wird uns also keine Mühe kosten, die 200 000 Söhne Andreas Hofers zu erlegen. Unsere deutsche Würde verlangt, ein Volk zu meiden, das eine solche Sprache führt und dessen Vertreter unsere Brüder bis aufs Blut peinigten. Der B. D. A. will aufklären und werben. Jede Stärkung seiner Bestrebungen ist praktische Hilfe für unsere Volksgenossen in Südtirol.

* Die Arbeitsmarktlage. In Bischofswerda selbst sind am gestrigen Montag gezählt worden: 296 (270) männliche, 99 (86) weibliche Hauptunterstützungsempfänger, 290 (284) Zuschlagsempfänger und 46 (35) Nothstandsarbeiter; im ganzen Bezirk 991 (1026) männliche, 189 (195) weibliche Nothstandslose, 1108 (1086) Zuschlagsberechtigte, 167 (129) Leute wurden mit Nothstandsarbeiten beschäftigt. Die Zahlen der Erwerbslosen in Stadt und Bezirk haben also gegen die Vorwoche keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Nach den von den Betrieben dem Arbeitsnachweis zugegangenen Nachrichten verhält sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wie folgt: Steinbrüche noch gut, bei eintretender besserer Witterung ist die Steinindustrie wieder aufnahmefähig. Die Lage der Metallindustrie scheint sich noch zu verschlechtern, es ist bestimmt mit weiteren Entlassungen zu rechnen. Das Spinnstoffgewerbe belebt sich wieder etwas. Ganz schlecht sind die Verhältnisse bei der Möbelindustrie, aber auch im Tabakgewerbe. Die Lage der Schuhindustrie hat sich durch die für sie ungünstige Witterung wieder etwas verschlechtert. Bei der Glasindustrie steht es jetzt etwas besser, Aufnahmefähigkeit ist aber auch nicht vorhanden.

* n. Fortbildungsschule. Schlicht, aber eindrucksvoll war die Abchiedsfeier, zu der sich Lehrer- und Elternschaft, Schüler und Schülerinnen vereinten. Ein Diktando: „Re-

Die Lu
sterba
stimm
leiter
Leben
pflicht
„Best
Volk
Festl
Blück
Schüler
hor Sch
ten Fre
Wesens
jungen
Priv. S
330. S
henden
berge
Hierau
Jahres
jahr gin
heiten
und Ver
sollens
wurde
die Ver
ergebn
fassung
Bücher
schulles
Zusföhr
folgt un
Da der
Reinhold
schäufliche
len, erfol
men ein
Baumeist
Baumeist
die Wäch
wie Her
widerber
torialmit
brüder P
Die durc
ner, 23
Herr Bar
wählt un
folge Reu
Bida
Piahn
Joppenat
den Schie
samenseh
ziel einst
als Vert
gewählt.
den Jahr
Schügend
Inventar
jährlich
jährlich
durch Bes
durch das
Nachdem
Einladun
Weschen
Richt er
Beitung
gegen 9.3
— hatte
ber arbeit
ihren An
Nach ein
1111 m a
kommen n
gemüthlich
den Herz
das fröhli
sch, obwo
steigerte.
daß die
Festgenos
schmuggel
schenden
schen von
ernte für
ebenfalls
linoort
me des E
ein feinst
sein M o
der musik
licher Bed
gelangere
bewährte
genannter
ten. Für
Prof. Loh
Confären
„plöhd
hatte. D
das Verbi
paares H
lichen Sch
vorträge
mögen en
Tanz n
wurde zu
nicht zu
erzählt s
denen, die
gestell ha
der Bericht
lich bis z
Vereins r
kam. 2. S
Selbstver
fährigen
gewürdigt
der unfer
Ursprung
das Gebor
getroßt m
Deswegen
schwer un
Stunden
Mittägere
eine Mitg
die Altp